

## «Freizügigkeit muss weg»

*Blocher hält Drohkulisse aufrecht*

*Wie sehr bedauern Sie, dass sich keine bürgerliche Einigung finden liess?*

Das war absehbar. Man hat jetzt drei Jahre geschaut, was man machen kann, um diesen Verfassungsartikel nicht zu erfüllen. Die Wirtschaftsverbände hatten wenigstens Verständnis dafür, dass es gefährlich ist, wenn man nichts macht. Die schwerwiegenden Probleme der Masseneinwanderung wie die hohe Arbeitslosigkeit und die massive Belastung unserer Sozialwerke werden nun nicht gelöst.

*Auch die CVP hatte, zusammen mit dem Arbeitgeberverband, der SVP die Hand ausgestreckt mit einem Kompromissvorschlag, der Höchstzahlen wenigstens als Ultima Ratio enthalten hätte. Hätte Ihnen eine solche Lösung denn genügt?*

Das kann ich Ihnen nicht sagen, aber es ging sicher in die richtige Richtung. Das Wichtigste ist der Inländervorrang. Da waren wir sehr nahe bei der Wirtschaft. Bei den Kontingenten hätte man sich bereit erklärt, diese nicht für alle Berufe zu fordern. Und Höchstzahlen bräuchte es ja vor allem in überhitzten Jahren; wie dies bis im Jahr 2007 funktioniert hat. Aber es ist ja alles wieder weg! Der beschlossene Inländervorrang ist eine reine Alibiübung. Und am Schluss hat auch die CVP dem Umsetzungsvorschlag zugestimmt. Das Ganze passierte aber unter der Führung der Freisinnigen – aus Angst vor der EU.

*Hätten Sie denn einen harten Inländervorrang mit Nachweispflicht analog zur Regelung mit Drittstaaten gewollt?*

Ja, das hat sich bewährt und hat bis 2007 für alle Zuwanderer gut funktioniert.

*Und das wäre wirtschaftsfreundlich?*

Wir haben das doch schon 37 Jahre lang gemacht! Niemand wollte das damals ändern. Man hat unter dem Druck der EU die Personenfreizügigkeit akzeptiert. Aber das Volk sagte 2014, dass man die nicht mehr will.

*Sie sagen, die FDP habe «Angst vor der EU». Wenn schon, ist es doch eher die Angst, die Personenfreizügigkeit und damit auch die Bilateralen zu gefährden.*

Die Personenfreizügigkeit muss weg. Sie ist ein Irrtum. Auch der grosse Ökonom Milton Friedman wusste das schon.

*Sie gehen weiterhin davon aus, dass die Bilateralen nicht mit der Personenfreizügigkeit fallen würde.*

Ich bin davon überzeugt, dass die EU das nicht tun würde.

*Wenn der Vorschlag so, wie er von der Kommission nun beschlossen wurde, auch von National- und Ständerat gutgeheissen wird – was machen Sie dann?*

Die Befürworter sagen, dass mit ihrem Vorschlag die Zuwanderung sinken wird. Wir werden sehen – und wenn nichts passiert, dann muss der Vertrag gekündigt werden. Wenn der Bundesrat und das Parlament das nicht tun, machen wir eine Volksinitiative.

*Das hiesse aber auch: Ein Referendum wird die SVP nicht ergreifen?*

Darüber diskutieren wir am Ende des Gesetzesprozesses. Aber wenn man ein Referendum macht und bei einem Sieg doch nur den Status quo hat, macht das keinen Sinn.

Interview: Heidi Gmür, Bern